

# >> kvvi vogelsang institut

## InstitutsMitteilungen 9/2024

### **Die (offene) Zypernfrage**

### **60 Jahre UN-Friedensmission, 50 Jahre Teilung Zyperns und der Einsatz österreichischer UN-Polizisten**

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Liebe Freunde des Karl von Vogelsang-Instituts!

Vor 60 Jahren, im März 1964 ersuchten die Vereinten Nationen Österreich als neutralen Staat Polizisten nach Zypern zu entsenden. Diese Anfrage stellte anfangs die Bundesregierung in Wien, hier vor allem im Außen- und Innenministerium vor rechtliche, aber auch organisatorische Fragestellungen. Am 2. April 1964 gab der österreichische Ministerrat jedoch sein Einverständnis für diesen internationalen Polizeieinsatz, und am 14. April 1964 wurden bereits die ersten österreichischen Polizeibeamte nach Zypern ausgeflogen. Der internationale Friedenseinsatz begann.

Damit verbunden waren neu geregelte gesetzliche Rahmenbedingungen für diesen Einsatz, die vom Nationalrat am 30. Juni 1965 beschlossen wurden ("Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen", Bundesgesetzblatt Nr. 173/1965).

Österreich übernahm damit internationale Verantwortung und stellte fortan nicht nur Militär-, sondern auch Polizeitruppen in den Dienst von UNO-Friedensmissionen. Diese übernommene Verantwortung soll auch rund um die türkische Invasion im Sommer 1974 (Juli 1974, 2. Phase im August 1974), die sich heuer zum 50 Mal jährte, in Erinnerung gerufen werden.

Es ist uns gelungen als Autor für dieses historisch bedeutsame Gedenken einen ausgewiesenen Experten zu gewinnen: Oberrat Mag. Dr. Mario Muigg ist Historiker und Politikwissenschaftler und unterrichtet am Institut für Wissenschaft und Forschung der Sicherheitsakademie des Bundesministeriums für Inneres. Zum Thema veröffentlichte er 2022 das Buch *Polizei im Friedenseinsatz. Das österreichische UN-Polizeikontingent in Zypern, 1964 bis 1977*. Regelmäßig publiziert Mario Muigg im „SIAK. Journal. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis“ zu historischen und politischen Themen.

Das Team des Karl von Vogelsang-Instituts

### **60 Jahre UN-Friedensmission, 50 Jahre Teilung Zyperns und der Einsatz österreichischer UN-Polizisten**

Mario Muigg

## Hintergründe des Zypernkonflikts

Zypern, mit 9.251 km<sup>2</sup> die drittgrößte Insel des Mittelmeers (die Fläche ist etwas kleiner als jene des österreichischen Bundeslandes Kärnten), zeichnet sich seit jeher durch ein Mit- und Gegeneinander zahlreicher Kulturen aus. Geographisch zu Asien gehörend, politisch und kulturell überwiegend als europäisch eingeordnet, wird Zypern gerne als eine Brücke zwischen Europa und Asien, aber auch Afrika bezeichnet. Die Jahrtausendealte Geschichte des Landes wurde u.a. von Griechen, Phönikern, Persern, Römern, Byzantinern, Arabern, Kreuzfahrern, Venezianern, Osmanen oder Briten geprägt und wird in den vergangenen Jahrzehnten von einem spannungsgeladenen griechisch-türkischen Gegensatz im seit 1960 selbständigen, wenngleich seit 1974 geteilten Zypern dominiert.

Bild: Österreichischer UN-Polizist mit UN-Einsatzfahrzeug (Bild: Graf)



Neben einer mehrheitlich griechisch-christlich geprägten Bevölkerung, die auf eine verhältnismäßig frühe Christianisierung der Insel sowie die frühe Verflechtung Zyperns mit dem hellenischen Kulturkreis zurückzuführen ist, stärkte die jahrhundertelange osmanische Herrschaft das türkisch-muslimische Bevölkerungselement. Daneben lebten noch viele andere Gruppierungen, doch orthodoxe „Griechen“ und muslimische „Türken“ stellten eindeutig die Bevölkerungsmehrheit. Beide Volksgruppen siedelten über die gesamte Mittelmeerinsel zerstreut. Die Lebensbereiche waren in der Regel getrennt, Mischehen bildeten die Ausnahme, doch lebten griechisch-christliche und türkisch-muslimische Zyprioten bis ins 19. Jahrhundert trotz aller Unterschiede in sprachlichen, kulturellen und religiösen Bereichen weitgehend friedlich nebeneinander. Erst mit dem Aufkommen national-patriotischer Strömungen kam es ab dem frühen 19. Jahrhundert unter dem Banner des Nationalismus zu vermehrten Konflikten entlang ethnisch-religiöser Bruchlinien, die beide Bevölkerungsgruppen immer weiter voneinander entfremdeten.

So hatte etwa der erfolgreiche Unabhängigkeitskrieg der Griechen gegen die Osmanen, an dem sich zahlreiche Zyperngriechen aktiv beteiligt hatten, Folgen für Zypern. Für viele griechische Zyprioten wurde ihr „hellenisches Mutterland“ zum Idealbild ihrer eigenen Zukunft. Demgegenüber betrachteten die Zyperntürken diese Entwicklung mit zunehmender Sorge. Das Osmanische Reich selbst hatte im 19. Jahrhundert bereits alle Hände voll zu tun, die eigene Macht- und Einflussphäre abzusichern. Ohne Erfolg. Empfindliche militärische Niederlagen an den Außengrenzen sowie Misserfolge im Kampf gegen die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen innerhalb der eigenen Grenzen zwangen das schwächelnde Osmanische Reich in die Defensive und ließen es mehr und mehr zum Spielball der europäischen Großmächte werden. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und des osmanischen Kriegseintrittes auf Seiten der Mittelmächte nahm Großbritannien die Insel in Besitz und gliederte Zypern in das eigene Herrschaftsgebiet ein.

Während die Zyperntürken bis zum Zweiten Weltkrieg weder politisch noch national organisiert waren, verstanden es die Zyperngriechen viel früher, ihre Anschlussbestrebungen an Griechenland von einer anfänglich reinen Intellektuellenbewegung in eine nationalistisch getragene Massenbewegung umzuwandeln. Eine Entwicklung, die dazu führte, dass sich die türkische Inselbevölkerung zunehmend in ihrer Existenz bedroht fühlte. Ab Mitte der 1950er Jahre begannen schließlich sowohl Griechenland als auch die Türkei, sich offen für die Anliegen ihrer jeweiligen Volksgruppe auf Zypern einzusetzen. Die Standpunkte konnten freilich gegensätzlicher nicht sein. Während die Griechen eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland („Enosis“) zum Ziel hatten, forderten die Türken eine Teilung der Insel („Taksim“) oder gar die vollständige Rückgabe Zyperns. Die Türkei brachte sich nämlich als legitime Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches ins Spiel und vertrat den Standpunkt, dass Zypern die Fortsetzung des türkischen Festlandes sei. Die konträren Ansichten Griechenlands und der Türkei trugen zu einer weiteren Verschärfung der Zypernfrage bei. Als in den 1950er Jahren Bombenanschläge, Attentate, Überfälle und bewaffnete Guerillaaktionen Zypern erschütterten, reagierte die Kolonialmacht Großbritannien mit dem massiven Einsatz britischer Truppen.

Vor dem Hintergrund dieser Eskalation und der begründeten Furcht auf internationaler Ebene, dass der Konflikt die gesamte Region destabilisieren könnte, begann man die Bildung eines unabhängigen Staates als Konfliktlösung ins Auge zu fassen. Als in zahlreichen Gesprächs- und Verhandlungsrunden ein Durchbruch erzielt werden konnte, waren damit Enosis und Taksim vom Tisch. Griechenland erreichte die Unabhängigkeit der gesamten Insel und die Türkei konnte auf ein

international garantiertes Minderheitenstatut für die Zyperntürken verweisen. Zu guter Letzt wurde auch die britische Krone für den Verlust ihrer Kolonie entschädigt, indem Großbritannien zwei unter uneingeschränkter britischer Hoheitsverwaltung stehende Militärstützpunkte mit einer Gesamtfläche von über 250 km<sup>2</sup> (das entspricht nahezu drei Prozent der Fläche Zyperns) behalten durfte und diese bis heute betreibt.

### **Von der Staatskrise zur UN-Intervention 1964**

Mit der 1960 erfolgten Unabhängigkeitserklärung Zyperns ging die Unterzeichnung einer Verfassung einher, deren Grundstruktur bereits den Keim für zukünftige Auseinandersetzungen in sich trug. Denn der zyperntürkischen Minderheit (ca. 18 % der Gesamtbevölkerung) wurden gegenüber der zyperngriechischen Mehrheit (ca. 82 % der Gesamtbevölkerung, einschließlich 4-5 % Angehöriger anderer Minderheiten, die allesamt den Zyperngriechen nahestanden) wichtige Vetorechte im Bereich der Gesetzgebung, Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingeräumt. Zudem war im Bereich der Armee und der Polizei zwischen der griechischen und türkischen Volksgruppe ein Verhältnis von 60:40 sowie im Bereich der Postenvergabe im öffentlichen Dienst ein Verhältnis von 70:30 vorgesehen. Auch im zyprischen Parlament waren für die Zyperntürken 30 % der Mandate vorgesehen und bei der Vergabe der Stellen im öffentlichen Dienst mussten auf griechischer Seite viele Stellen zugunsten der türkischen Volksgruppe abgebaut werden, da die Zyperngriechen bislang weit mehr als die erlaubten 70 % der Verwaltungsposten besetzten. Es verwundert daher nicht, dass viele Zyperngriechen der Meinung waren, der türkischen Volksgruppe würden Rechte und Privilegien gewährt, die weit über das normale Maß des klassischen Minderheitenschutzes hinausgingen. Das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen den beiden Volksgruppen verschlechterte sich Anfang der 1960er Jahre zusehends, wobei in den Reihen der Zyperngriechen die alten Forderungen nach Enosis wieder deutlich zunahmen. Dem standen die Zyperntürken im Wege, die ihrerseits als Schutz vor Enosis erst recht an der Verfassung festhielten und auf die darin verbrieften Rechte pochten. Erschwerend kam hinzu, dass die politischen Führer nicht an einer Entspannung interessiert waren, sondern den gefährlich um sich greifenden Nationalismus befeuerten. Propagandaaktionen und politische Hetzkampagnen führten zu weiterem Misstrauen, teilweise blankem Hass und einer explosiven Stimmung, die in den Jahren 1963/1964 gewaltsam eskalierte. Zypern schlitterte in einen offenen Bürgerkrieg.

Auf internationaler Ebene führte die zyprische Staatskrise mitsamt ihrer stetig steigenden Opferzahl zu einer höchst angespannten Situation. Insbesondere in der Türkei war die Erregung angesichts der arg in Bedrängnis geratenen türkischen Volksgruppe groß. Ankara drohte wiederholt mit einem militärischen Eingreifen in Zypern und untermauerte dies durch demonstrative Überflüge der türkischen Luftwaffe. Demgegenüber kündigte Griechenland für den Fall einer türkischen Invasion eine umgehende militärische Reaktion an. Das gefährliche griechisch-türkische Säbelrasseln rief schließlich die USA auf den Plan, galt es doch einen Krieg zweier NATO-Staaten unbedingt zu verhindern. Dies umso mehr, als die UdSSR lebhaftes Interesse an den Entwicklungen in Zypern zeigte und offen signalisierte, im Falle einer türkischen Invasion nicht untätig bleiben zu wollen. Umgehend forderten die Vereinten Nationen alle Mitgliedstaaten auf, in Übereinstimmung mit der UN-Charta alles zu unterlassen, was die Situation in Zypern verschlechtern oder den internationalen Frieden gefährden könnte. Innerhalb kurzer Zeit wurde eine UN-Friedenstruppe („United Nations Peacekeeping Force in Cyprus“ (UNFICYP)) ins Leben gerufen, die im März 1964 operativ wurde.

### **UNFICYP und der erstmalige Einsatz von UN-Polizeikontingenten**

Wie üblich, gab es auch im Rahmen der Vorbereitungen für die UN-Zypernmission Bemühungen, den UN-Truppen eine starke Militärpolizei anzugliedern, um polizeiliche Aufgaben abdecken zu können. Kritische Stimmen gaben jedoch zu bedenken, dass Militärpolizisten als militärische Einheiten eine Unterstützung für das Militär darstellen und nur in wenigen Staaten (zivil)polizeiliche Aufgaben wahrnehmen würden. Die Militärpolizei sei daher für die Umsetzung der polizeilichen Zielsetzungen einer UN-Mission kaum geeignet. In der Folge wurde erstmals der Einsatz einer aus zivilen Polizeibeamten bestehenden, eigenständigen UN-Polizeitruppe vorbereitet. Diese war ebenso zur Unterstützung der UN-Militärs vorgesehen, sollte sich aber in rein polizeilichen Angelegenheiten eine gewisse Freiheit und Selbständigkeit bewahren. Der dafür geprägte und von da an auch für zukünftige UN-Polizeimissionen verwendete Ausdruck CIVPOL („Civilian Police“) – in klarer Abgrenzung zur Militärpolizei („Military Police“) und nicht als Bezeichnung für Beamte in Zivil zu verstehen! – geht auf die UNFICYP-Mission in Zypern zurück.

Wie die militärischen UNFICYP-Verbände wurden auch die einzelnen UN-Polizeikontingente gebietsweise eingesetzt. Präsenz zeigen, Beobachten, Beraten, Verhandeln und, falls nötig, Intervenieren sowie Patrouillentätigkeiten zu Fuß und mit Kraftfahrzeugen oder die Begleitung und Bewachung von Konvois zählten zu den zentralen Aufgaben. Wurden einzelne Checkpoints aufgelassen, so verstärkte man die Überwachung an anderen Kontrollstellen. Zudem untersuchten UN-Polizisten Zwischenfälle bzw. starteten Ermittlungen bei Vorfällen, in die Angehörige beider Volksgruppen verwickelt waren. Eine Vorgehensweise, die von der einheimischen Bevölkerung sehr geschätzt wurde, zumal in der aufgeheizten Stimmung zwischen den verfeindeten Volksgruppen jedes „normale“ Vergehen schnell „ethnisch aufgeladen“ wurde und damit eine hohe politische Brisanz erhielt. Von Anfang an praktiziert wurden gemeinsame Patrouillenfahrten von

internationalen und zyprischen Polizisten („joint patrols“). Auch wurde das gesetzmäßige Einschreiten der lokalen Polizei von internationalen Exekutivbeamten beobachtet. Die UN-Polizisten traten in Zypern grundsätzlich unbewaffnet auf. Sie hatten zwar ihre eigenen Dienstwaffen nach Zypern mitgebracht, führten sie aber nicht im Einsatz, was wiederum zur Deeskalation beitrug. Nur wenn es unbedingt erforderlich und man mit direkten Bedrohungen konfrontiert war, griffen UN-Polizisten auf ihre Waffen zurück.

### **Türkische Invasion 1974 als Wendepunkt**

Die in Zypern wiederholt eskalierenden Unruhen führten mehrmals zu gefährlichen Situationen für die leicht bewaffneten und teils an entlegenen Außenposten eingesetzten UN-Polizisten. Ihre Lage war umso exponierter, als sie nicht in gesicherten Militärcamps, sondern in Hotelanlagen (später auch Privathäusern) untergebracht waren. So wurden UN-Polizisten gleich zu Beginn ihres Einsatzes im Zuge der erneut aufflammenden Kämpfe im Sommer 1964 unter heftigen Beschuss genommen. Erst als UN-Soldaten zu Hilfe eilten, gelang es, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Gänzlich außer Kontrolle geriet die Lage im Herbst 1967. Als es zur direkten Konfrontation zwischen zypriengriechischen und zyperntürkischen Milizen kam. Die Vereinten Nationen mussten hilflos mitansehen, wie ihre eigenen Beobachtungsposten unter Beschuss gerieten, Funkverbindungen der Blauhelmtrouppen zerstört wurden und sie den Verlust von zahlreichen Menschenleben nicht verhindern konnten. Auch die vor Ort eingesetzten UN-Polizisten waren machtlos. Ihnen wurde befohlen, isolierte Außenposten aufzugeben, sich umgehend in ihre Unterkünfte zurückzuziehen, dort einzuigeln (dafür war auch ein gewisser Splitterschutz vorgesehen) und ehestmöglich mit klar gekennzeichneten UN-Fahrzeugen befestigte UN-Stützpunkte anzusteuern. Erst als sich die Sicherheitslage entspannt hatte, konnten die UN-Einsatzkräfte ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Einen radikalen Wendepunkt in der Zypernfrage stellte die türkische Militärintervention im Sommer 1974 dar. Die Vereinten Nationen wurden von dem massiven Gewaltausbruch überrascht. Dennoch versuchten UN-Einheiten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Übergriffe zu verhindern und ihr Mandat trotz der Kriegshandlungen und radikal veränderten Begleitumstände zu erfüllen. Viele UN-Angehörige riskierten in Ausübung ihrer Pflicht ihr Leben und für manche endete der Einsatz tödlich. Die heftigen Gefechte führten dazu, dass der Bewegungsradius stark eingeschränkt wurde und UN-Stützpunkte geräumt werden mussten. Viele UN-Polizisten waren direkt von den Kämpfen betroffen und konnten sich mit ihren Fahrzeugen durch Geschick, Taktik und Glück in besser gesicherte UN-Einrichtungen zurückziehen. UN-Polizisten beteiligten sich während der Kämpfe an der Evakuierung ausländischer Staatsbürger, versuchten geräumte Außenstellen schnellstmöglich wieder zu erreichen und scheuten auch vor eigenmächtigen Aktionen nicht zurück. So wurde etwa der Flughafen von Nikosia durch österreichische UN-Polizisten handstreichartig besetzt, ehe besser ausgerüstete UN-Streitkräfte die Kontrolle übernehmen konnten. Diese riskante, aber letztlich erfolgreiche Aktion fand in den Reihen der Vereinten Nationen große Anerkennung. Nach dem Ende der Kämpfe blieb die Lage angespannt. Aufgrund der häufigen Alarmbereitschaften und rigorosen Ausgangsbeschränkungen erschwerten sich auch für die UN-Polizeikräfte die Arbeits- und Lebensbedingungen. Dies schlug sich u. a. in der Bewaffnung nieder. Zusätzlich zu den Dienstpistolen wurden UN-Polizeikontingente mit Maschinenpistolen, Tränengaswurfkörpern und Gasmasken ausgerüstet. Man befürchtete bewaffnete Überfälle auf UN-Einrichtungen und so sollte die zusätzliche Ausrüstung den leicht bewaffneten Polizeikräften einen hinhaltenden Widerstand ermöglichen, bis militärische Einheiten der UN-Friedenstruppen eingreifen konnten. Zusätzlich zu den bekannten Aufgaben unterstützten UN-Polizisten nunmehr die Flüchtlingsbetreuung, den Austausch von Kriegsgefangenen, die Durchführung und Überwachung von Lebensmitteltransporten in die verschiedenen Notstandsgebiete, die Suche nach vermissten Personen und sie begannen mit Ermittlungen zu Plünderungen und Kriegsverbrechen.

Am Ende hatte die türkische Militärintervention eine gänzlich neue Situation in Zypern geschaffen. Im Grunde war das internationale Bemühen um ein friedliches Zusammenleben der beiden zyprischen Volksgruppen gescheitert. War es der UNFICYP-Mission über zehn Jahre lang gelungen, die junge Republik Zypern mitsamt ihrer ethnisch gemischten Bevölkerung – trotz wiederholter Rückschläge – zu stabilisieren, so hatte man es ab 1974 mit einer zweigeteilten Insel zu tun. Während der Großteil der zypriengriechischen Bevölkerung aus dem Norden der Insel in den Süden flüchtete bzw. in den Süden vertrieben wurde, ereilte die zyperntürkische Bevölkerung das gleiche Schicksal in die Gegenrichtung. Die Vereinten Nationen waren aufgrund der Ereignisse gezwungen, ihre Friedensmission neu auszurichten. Das ursprüngliche Mandat war unbrauchbar geworden. Die Hauptaufgabe der UN-Friedenstruppe bestand fortan in einer Überwachung der quer durch die Insel verlaufenden, zu einer Pufferzone erweiterten, Waffenstillstandslinie. Die Trennung der verfeindeten Volksgruppen erlaubte im Gegensatz zur bis dahin durchmischten Siedlungsstruktur eine Reduktion der UN-Einsatzkräfte. Die Vereinten Nationen reduzierten nicht nur die militärischen Einheiten, sondern auch die Zahl der UN-Polizeikräfte wurde sukzessive verringert. Der Einsatz einer zivilpolizeilichen Komponente blieb bis heute Teil der UNFICYP-Mission, wenngleich die Personalstärke deutlich gesunken ist.

### **Österreichische UN-Polizeikontingente in Zypern**

Österreich beteiligte sich 14 Jahre lang (1964-1977) mit polizeilichen Einsatzkräften an der UN-Zypernmission. Das anfangs 28köpfige österreichische Polizeikontingent traf am Abend des 14.

April 1964 in Nikosia ein. Österreich stellte damit zu Beginn der Zypernmission das erste UN-Polizeikontingent überhaupt und war einige Wochen lang für die polizeilichen Aufgaben auf der gesamten Insel zuständig. Erst nach und nach trafen Polizeikontingente anderer Länder ein. Die Stärke des österreichischen Polizeikontingents erhöhte sich in den folgenden Jahren sukzessive bis auf einen Höchststand von 55 Mann. Auch österreichische Bundesheersoldaten standen von Anfang an im Zyperneinsatz; dies alles auf einer überaus schmalen Rechtsbasis. Denn erst 1965 wurden mit dem Entsendegesetz die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf völlig neue Beine gestellt.

Eine Entsendung militärischer oder polizeilicher Kontingente zum Dienst im Ausland war in der Bundesverfassung nicht vorgesehen; die Soldaten und Polizisten wurden für die Dauer ihres Auslandseinsatzes vom heimischen Dienst karenziert und parallel vom Bund mit Sonderverträgen für den Auslandseinsatz angestellt. 1960 hatte man eine Erklärung improvisiert, dass Österreich laut UN-Charta verpflichtet wäre, die Bemühungen der UNO zu unterstützen, und sich damit in den folgenden Jahren beholfen. Mit dem stärkeren Engagement in Zypern war diese Konstruktion nicht mehr ausreichend. Der rechtliche Knackpunkt war das Setzen von Hoheitsakten im Ausland. Als dauerhafte Lösung für die Zukunft beschloss der Nationalrat das „Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen“ (Bundesgesetzblatt Nr. 173/1965). Das Gesetz ermächtigte die Bundesregierung, im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates und unter Bedachtnahme auf die immerwährende Neutralität dem Ersuchen internationaler Organisationen um Hilfeleistung durch die Entsendung einer österreichischen Einheit in das Ausland zu entsprechen. Diese gesetzliche Regelung machte den Abschluss von Sonderverträgen zwischen der Republik Österreich und den Kontingentsangehörigen obsolet. Somit gelang es dem Gesetzgeber erstmals, eine solide Rechtsgrundlage für österreichische Auslandsentsendungen zu schaffen. Das Gesetz blieb in dieser Form bis zum 1997 in Kraft getretenen „Bundesverfassungsgesetzes über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einzelpersonen und Einheiten in das Ausland“ (KSE-BVG), die Grundlage für die Beteiligung an derartigen Einsätzen.

Nach der türkischen Invasion 1974 richtete die Republik Österreich das eigene Zypernengagement neu aus. Während die Soldaten des österreichischen Bundesheeres in Zypern blieben, wurde das österreichische Polizeikontingent schrittweise abgezogen. Wenngleich der Einsatz einer (zivil)polizeilichen Komponente bis heute Teil der UNFICYP-Mission blieb, beendete Österreich die UN-Polizeimission am 26. Juli 1977. In der Zeit von 1964 bis 1977 fanden seitens des Bundesministeriums für Inneres 639 Auslandseinsatzentsendungen nach Zypern statt. Tatsächlich – viele Beamte absolvierten mehrere UNFICYP-Einsätze – standen 276 österreichische Exekutivbeamte im Einsatz; das bedeutete einen Schnitt von rund 2,3 Entsendungen pro Mann.

### **Die Zypernfrage, UNFICYP und heutige Polizeimissionen**

Der erstmalige Einsatz von CIVPOL-Einheiten im Rahmen der UN-Zypernmission hat die Erwartungen erfüllt und der Beginn des Einsatzes im Jahre 1964 wird als Geburtsstunde der UN-Polizeimissionen bezeichnet. Für die weitere Entwicklung von internationalen Polizeimissionen in anderen Teilen der Welt spielte der UN-Zyperneinsatz somit eine wesentliche Rolle. (Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass mittlerweile von den Vereinten Nationen statt CIVPOL der Begriff „United Nations Police“ (UNPOL) verwendet wird.) Die UNFICYP-Mission ist heute eine der am längsten andauernden Friedenseinsätze der Vereinten Nationen. Österreich beteiligte sich vom Start weg an der UN-Zypernmission. So waren österreichische UN-Polizisten die ersten überhaupt, die 1964 auf der Insel eintrafen und sie blieben dort bis 1977. Soldaten des Bundesheeres betrieben von 1964 bis 1976 ein Feldspital bzw. eine Feldambulanz, von 1972 bis 2001 stellte das Bundesheer ein eigenes UN-Bataillon, entsandte 1993/94 Militärbeobachter und seit 2001 beschränkt sich die österreichische Beteiligung an UNFICYP auf einige Angehörige des Stabspersonals. UN-Einsatzkräfte waren in den vergangenen Jahrzehnten mehrmals in Kampfhandlungen verwickelt und mussten schmerzhaft Verluste hinnehmen. Auch Österreich hat bis heute 16 tote UNO-Soldaten und einen toten UN-Polizisten zu beklagen, die in Zypern gefallen oder verstorben sind.

Auch wenn die Sinnhaftigkeit der Mission wiederholt in Frage gestellt wurde, haben die vergangenen 60 Jahre gezeigt, wie wichtig die Präsenz internationaler Einsatzkräfte ist, um den latent brodelnden Konflikt nicht erneut eskalieren zu lassen. Das Land ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union und zugleich ein geteiltes, zutiefst gespaltenes Land. So findet etwa das EU-Recht in Nordzypern, ein von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkanntes Staatsgebilde, keine Anwendung und bis heute sind sämtliche Initiativen einer Wiedervereinigung gescheitert. Sei es durch innerzyprische Widerstände seitens der Volksgruppen oder gegensätzliche Machtinteressen außenpolitischer Akteure. Zahlreiche geopolitische, sicherheits- und wirtschaftsrelevante Problemstellungen, von Bohrungen nach fossilen Brennstoffen vor der Küste, dem spannungsgeladenen Verhältnis zwischen der Türkei und der EU bis hin zu den nach wie vor ungelösten ethnischen Streitigkeiten zwischen den Volksgruppen lassen die Insel bis heute nicht zur Ruhe kommen.

### **Über den Autor:**

Mag. Dr. Mario Muigg ist am Institut für Wissenschaft und Forschung an der Sicherheitsakademie im Bundesministerium für Inneres tätig. Zum Thema veröffentlichte er 2022 das Buch *Polizei im Friedenseinsatz*. Das österreichische UN-Polizeikontingent in Zypern, 1964 bis 1977. Detaillierte Informationen, Zeitzeugenschilderungen, bis dahin unveröffentlichtes Bildmaterial sowie weiterführende Quellen- und Literaturhinweise können dem Buch entnommen werden.

## Kontakt

## Literaturtipp

Mario Muigg, *Polizei im Friedenseinsatz*.  
Das österreichische UN-Polizeikontingent in  
Zypern, 1964 bis 1977  
(Innsbruck-Wien: StudienVerlag, 2022)  
260 Seiten

ISBN 978-3-7065-6210-2



[Abmelden](#)   [Impressum](#)   [Datenschutz](#)

Karl v. Vogelsang-Institut  
Tivoligasse 73  
1120 Wien

Telefon: +43 1 813 42 11-86

[E-Mail: kvvi@kvvi.at](mailto:kvvi@kvvi.at)